

 **Bundesministerium**  
Soziales, Gesundheit, Pflege  
und Konsumentenschutz

[sozialministerium.at](https://sozialministerium.at)

**Johannes Rauch**  
Bundesminister

Herrn  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Präsident des Nationalrates  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.785.415

Wien, 15.12.2022

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische Anfrage **12910/J des Abgeordneten Peter Wurm betreffend Bundeshaftung oder Landeshaftung in der Causa Ischgl 2020 - Stand des Verfahrens?** wie folgt:

**Frage 1 bis 3:**

- *Kennen Sie das Rechtsgutachten der Finanzprokurator zur „Causa Ischgl 2020“?*
- *Wurde dieses von Ihnen bzw. Ihren Vorgängern und grünen Parteigenossen Rudolf Anschober bzw. Dr. Wolfgang Mückstein in Auftrag gegeben?*
- *Wenn ja, wann wurde dieses Rechtsgutachten der Finanzprokurator in Auftrag gegeben und welche Kosten sind dem Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz bisher durch die rechtliche Beratung der Finanzprokurator zur „Causa Ischgl 2020“ entstanden?*

Die Finanzprokurator vertritt den Bund in Amtshaftungsangelegenheiten und somit auch in der Causa Ischgl. Mein Ressort arbeitet hierfür eng mit der Finanzprokurator zusammen. Die Gutachten werden von der Finanzprokurator idR nach Einholung von Informationen bei meinem Ressort erstellt und diese vor Einbringung durch mein Ressort freigegeben. Da es sich bei der „Causa Ischgl“

um mehrere umfangreichere Verfahren handelt, kann der Frage nicht entnommen werden, welches Gutachten gemeint ist.

Für die Vertretung durch die Finanzprokuratur sind meinem Ressort keine Kosten entstanden (vgl. hierzu § 8 ProkG).

**Frage 4 bis 5:**

- *Welche Rückstellungen und in welcher Höhe wurden bisher in der „Causa Ischgl 2020“ in den Budgetjahren 2020, 2021 und 2022 vorgesehen?*
- *Welche budgetären Vorkehrungen und in welcher Höhe werden für das Budgetjahr 2023 zur „Causa Ischgl 2020“ vorgesehen?*

Für den letzten Bundesrechnungsabschluss (BRA 2021) wurde die Rückstellung für Prozesskosten aufgrund der von der Finanzprokuratur übermittelten Liste der derzeit offenen Gerichtsverfahren vom BMSGPK von 5,317 Mio. Euro um 1,569 Mio. Euro auf 6,886 Mio. Euro erhöht. Die Erhöhung gründete sich im Wesentlichen auf die neuen offenen Gerichtsverfahren auch im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie. Die Liste der Finanzprokuratur enthält jedoch keine Untergliederung nach Causen, sondern nur eine Diversifizierung nach dem Rechtsgrund, wie zum Beispiel Fälle nach dem Amtshaftungsgesetz allgemein. Eine Eingrenzung auf die „Causa Ischgl“ ist daher aus budgetärer Sicht nicht möglich.

Die Finanzprokuratur übermittelt für den BRA 2022 eine Liste mit den offenen Gerichtsverfahren, die als Basis für die Berechnung der neuen Rückstellungshöhe für Prozesskosten herangezogen wird.

Für den speziellen Fall der „Causa Ischgl“ sind keine gesonderten Dotierungen vorgesehen. Grundsätzlich sind im Ergebnishaushalt 2023 meines Ressorts für die Dotierung von Rückstellungen von Prozesskosten 1 Mio. EUR vorgesehen.

**Frage 6:**

- *Welche Sektionen und Abteilungen im BMSGPK sind bzw. waren seit 2020 mit der „Causa Ischgl 2020“ befasst?*

Die hierfür gemäß Geschäftseinteilung zuständigen Abteilungen.

**Frage 7 bis 8:**

- *Welche Rechtsmeinung vertritt das BMSGPK zur Frage der „mittelbaren Bundesverwaltung“ und ihrem Vollzug durch den Organwalter Landeshauptmann Günther Platter und weitere Landesregierungsmitglieder gemeinsam mit dem behördlichen Apparat des Amtes der Tiroler Landesregierung bzw. der örtlich zuständigen Bezirkshauptmannschaft?*
- *Welche Schlussfolgerungen für den Vollzug der Gesundheitsverwaltung in „mittelbarer Bundesverwaltung“ haben Sie als amtierender Gesundheitsminister bzw. hat das BMSGPK aus der „Causa Ischgl 2020“ seit dem Jahr 2020 gezogen und wie wurden diese durch Novellen in Bundesgesetzen und Bundesverordnungen, die sich in der Vollzugskompetenz des BMSGPK befinden, umgesetzt?*

Meinungen und Einschätzungen sind nicht Gegenstand des Interpellationsrechts. Im Übrigen besteht keine Zuständigkeit meines Ressorts zur Auslegung des B-VG.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Rauch

